

Haushaltsrede der FDP-Fraktion für das Jahr 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stober,
sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,



Rückblick – Weitblick? - Ausblick

Ein außergewöhnliches und in vielfacher Hinsicht belastendes Jahr liegt hinter uns. Wer hätte vor etwas über einem Jahr ernsthaft daran gedacht, dass ein neuartiges und höchst aggressives Virus mit dem wissenschaftlichen Namen „SARS-CoV-2“, im Sprachgebrauch Corona-Virus benannt, unsere globalisierte Welt (vielleicht eben gerade deshalb?) bis heute und sehr wahrscheinlich noch eine Weile darüber hinaus in Atem halten würde?

Begriffe wie Lockdown, Pandemie, Systemrelevanz, Maskenpflicht, Homeoffice, Ausgangssperre, Notbetreuung etc. beherrschten plötzlich unseren Alltag, wirkten sich auf unsere bislang überaus geschätzten Freiheiten und Freizügigkeiten in einem zumindest für viele von uns in einem nie gekannten Maße aus.

Ein Virus, welches uns allen schonungslos offenbart hat, wie verletzlich doch unsere gesellschaftlichen und wie anfällig unsere wirtschaftlichen Strukturen eigentlich sind. Waren gerade auch die öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren verwöhnt durch immer weiter steigende Steuereinnahmen aufgrund einer guten Wirtschaftslage, gepaart mit einer niedrigen Arbeitslosenquote und einem robusten Konsumklima, veränderte sich plötzlich diese komfortable Lage. Die globale Weltwirtschaft rutschte durch dieses Virus in eine Rezession nie erwarteten Ausmaßes. Kurzfristig als Segen und wohl langfristig als Fluch werden sich die von der Politik im dreistelligen Milliardenbereich „abgefeuerten“ Bazookas darstellen. Deren finanzielle Pandemieauswirkungen werden wir wohl noch viele Jahrzehnte danach zu spüren bekommen.

Wenngleich die durch unsere Fraktion in den vergangenen „wirtschaftlichen Hochzeiten“ stets zurückhaltend gepflegte Ausgabenpolitik bei dem ein oder anderen innerhalb unseres Ratsgremiums nur ein müdes Lächeln verursachte, waren wir in dieser Krise froh, unserer Linie stets treu geblieben zu sein, um dadurch Vorsorge für schlechte Zeiten zu treffen. Schließlich konnten wir sämtlichen damit einhergehenden Begehrlichkeiten ein um´s andere Mal widerstehen, was uns bislang sehr unaufgeregt durch die Corona-Krise gebracht hat. Hier zahlte sich unsere Bodenhaftung und unsere seriöse und solide Ausgabenpolitik im Einklang mit unserer Verwaltung einmal mehr zu unseren Gunsten aus. Darüber hinaus dokumentiert dies vor allem auch, einen stets verantwortungsvollen Umgang mit den uns nur treuhänderisch anvertrauten Geldern zu pflegen, ohne den Blick für das Wesentliche und das Notwendige aus den Augen zu verlieren.

Dennoch gebe ich der Hoffnung Ausdruck, dass sich die allgemeine Situation durch die zugelassenen Impfstoffe im weiteren Jahresverlauf zunehmend bessern dürfte, obwohl die Impfungen einen Holperstart hingelegt haben. Wir sind frohen Mutes, dass bis zum Jahreswechsel 2021/2022 die Corona-Pandemie für die Menschheit weitestgehend Geschichte sein wird. Trotzdem werden wir uns darauf einstellen müssen zukünftig mit dieser neuen Gesundheitsgefahr zu leben, mit welchen zukünftigen gesellschaftlichen Veränderungen/Einschränkungen auch immer.

Gute kommunale Arbeit bedarf keiner staatlichen Mogelpackungen

Unsere Städte und Kommunen sind innerhalb unseres Wirtschaftssystems und unseres Staates wichtige Säulen für ein solides Fundament, sind wichtige Impulsgeber in einer derzeit rezessiven Konjunkturphase. Deshalb bedarf es gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten einer auskömmlichen Finanzausstattung und keinesfalls ständig neu aufgelegter (innovativer) staatlicher Förderprogrammen, die sich bei genauem Hinsehen für Städte und Kommunen langfristig als Mogelpackung bzw. Rohrkrepiere darstellen. Regelmäßig wird nämlich durch solche finanzielle „Wohltaten“ kurzfristig als Anreiz lediglich eine Anschubfinanzierung gewährt, während man die nachfolgenden Betriebskosten recht ungeniert den Städten und Kommunen aufbürdet.

Die Städte und Kommunen bedürfen deshalb dauerhaft einer seriösen und nachhaltigen finanziellen Förderung, um dadurch über eine ausreichende Finanzausstattung für dringend notwendige Investitionen zur Erhaltung der kommunalen Infrastruktur wie Schulen, Kindertagesstätten Straßen etc. zu verfügen. Eine schwindende Investitionskraft im Binnenmarkt gefährdet darüber hinaus den dringend gebotenen möglichst kurzfristigen konjunkturellen Erholungsprozess, den unsere exportorientierte Wirtschaft flankierend begleiten könnte.

Deshalb, wer bestellt, der hat nicht nur das erste Getränk nach seiner Einladung zu bezahlen, sondern nach unserem allgemeinen Verständnis die gesamte Zeche!

Ich möchte an dieser Stelle – auch wenn es wohl kein verantwortlicher Politiker zur Kenntnis nehmen geschweige denn lesen dürfte – einmal mehr erneut auf das im deutschen Staatsrecht verankerte Konnexitätsprinzip in der mir gebotenen Deutlichkeit hinweisen. Dieses Prinzip besagt, dass die für eine Aufgabe zuständige staatliche Stelle auch in finanzieller Hinsicht für diese Aufgabe vollumfänglich verantwortlich ist. Die Aufgaben- und Finanzverantwortung müssen damit in einer Hand liegen und ergo sind auch die vollen Kosten hierfür zu übernehmen. Doch leider wird dies in vielerlei Hinsicht aus meiner Sicht schamlos negiert, lockt der Staat Städte und Kommunen durch eine vordergründig scheinbar lukrative Anschubfinanzierung, um diese ein um´s andere Male „erfolgreich“ aus der Reserve zu locken.

Haushaltsansätze 2021

Erlauben Sie mir hinsichtlich der einzelnen Haushaltsansätze, dass ich mich auf die unserer Fraktion wichtigen Kernaussagen beschränken möchte.

1. Einnahmen gehen – Ausgaben bleiben

Wie abhängig die öffentlichen Haushalte im Allgemeinen bzw. die kommunalen Haushalte im Besonderen von den in den vergangenen Jahren stets gestiegenen Einnahmen waren, offenbarte der mit der Corona-Pandemie einhergehende konjunkturelle wirtschaftliche Abschwung auch in unserem Lande. Deshalb war es für uns keine Überraschung, dass auch in unserem Haushalt für das Jahr 2021 ein Einnahmerückgang veranschlagt werden musste.

Da sich unsere Ausgaben (wie im Bereich der Personalkosten, für den Betrieb unseres Hallenbades sowie anderer kommunaler Einrichtungen) jedoch nicht quasi als Parallelverschiebung mal so nebenbei nach unten reduzieren lassen, gelang es für 2021 nur teilweise unsere Abschreibungen in Höhe von rd. 2,6 Mio. € zu erwirtschaften. Es verblieb noch ein negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von rd. 1,2 Mio. €. Insofern konnte ein wesentliches Haushaltsinstrument der Doppik, nämlich wenigstens den Ressourcenverbrauch zu erwirtschaften, nicht erfüllt werden.

Dennoch sind wir guter Hoffnung, dass sich, wie in den vergangenen Haushaltsjahren auch, durch eine eher defensiv ausgerichtete Haushaltsplanung das Ist-Ergebnis bei späterer Feststellung der Jahresrechnung 2021- wie üblich – signifikant freundlicher darstellen wird.

2. Zahlungsmittelüberschuss

Auch der Zahlungsmittelüberschuss, also die frühere Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt, fällt mit rd. 1,16 Mio. € deutlich geringer aus, als in den Vorjahren. Vergleicht man diesen Betrag jedoch mit anderen Kommunen aus unserer Region, kommen wir damit mit einem „Blauen Auge“ davon. In 2021 erwirtschaften nahezu keine Gemeinde einen positiven Zahlungsmittelüberschuss wie wir.

Dennoch teilen wir auch hier die Hoffnung, dass sich dieser Ansatz noch zu Gunsten unseres Haushalts 2021 verändern wird. Wir gehen dabei bereits in 2021 von einer deutlichen konjunkturellen Erholung aus, getragen von Nachholeffekten und der Überwindung der Pandemie durch die Impfserien und letztlich auch der aktuellen Entwicklung an den Börsen, die durch kontinuierlich steigende Kurse wohl ebenfalls auf eine zeitnahe wirtschaftliche Erholung trotz aller Lockdowns setzen.

3. Liquide Eigenmittel in der mittelfristigen Finanzplanung

Respektable liquide Eigenmittel zum Jahresbeginn 2021 in Höhe von rd. 19,4 Mio. € sind für unseren Kernhaushalt zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein richtiges Pfund. Bemerkenswert sind unsere immer noch vorhandenen liquiden Eigenmittel, vor allem wenn man bedenkt, dass hieraus unser jüngstes Projekt, die Modernisierung und Erweiterung unseres Schulzentrums am Buchheimer Weg in Höhe von rd. 10 Mio. € ohne Fremdkapital finanziert werden konnte.

Allerdings macht ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung sichtbar, dass unsere liquiden Eigenmittel zum Ende 2024 nur noch bei rd. 6,8 Mio. € liegen.

Aufgrund der Erschließung unseres Baugebietes N 5 haben wir unseres Erachtens jedoch mittelfristig ein Ass im Ärmel. Die Rede ist von einem hoffentlich respektablen Umlegungsvorteil nicht nur für die privaten Grundstückseigentümer, sondern auch für unsere Gemeinde. Ein finanzieller Vorteil, der angesichts des dort wohl notwendigen weiteren Kindergartens eine deutliche Schmälerung erfahren dürfte.

Zusätzlich belasten könnten ein Umlegungsvorteil durch eventuell weitere erhebliche Investitionen in das unseres Erachtens - insbesondere durch seine zeitgemäßen Strukturen - sehr stark nachgefragte Schulzentrum am Buchheimer Weg nach sich ziehen. Es steht zu erwarten, dass unser dortiges Schulzentrum infolge der Erschließung von N 5 durchaus an seine Kapazitätsgrenzen stoßen könnte.

4. Hohe Investitionskraft, um antizyklisch zu agieren

Die aktuell günstige Situation ermöglicht es trotz dieser krisenhaften Zeiten, auch in 2021 in unsere kommunale Infrastruktur sowohl im Kernhaushalt wie auch in unseren beiden Eigenbetrieben zu investieren. Wir tragen damit als Impulsgeber zu unserer wirtschaftlichen Erholung maßgeblich bei und hoffen in diesen rezessiven Zeiten durch antizyklisches Handeln auf finanzielle Vorteile durch günstige Submissionen.

5. Keine Kreditaufnahme im Kernhaushalt

Trotz dem weiterhin durch die Europäische Zentralbank niedrig gehaltene Zinsniveau sind wir auch im Haushaltsjahr 2021 ff. aufgrund unserer stattlichen liquiden Eigenmittel in der

komfortablen Situation, unsere Investitionen ohne Fremdkapital finanzieren zu können. Insofern bleiben uns dafür Spielräume an anderer Stelle erhalten, falls aufgrund der Corona-Pandemie die Notwendigkeit zur Unterstützung durch unsere Gemeinde in 2021 ff. entstehen sollte. Aus diesem Grunde hat die FDP-Fraktion bewusst für 2021 keine (finanzwirksamen) Anträge im Rahmen der Haushaltsberatungen gestellt.

6. Gebühren- und Steuerkontinuität auch in 2021

Bis auf die Gebühren in der Kinderbetreuung, für die wir einen Kostendeckungsgrad von wenigstens 20 % dieser Ausgaben anstreben, kommen wir auch in 2021 ohne weitere kommunale Gebühren- bzw. Steuererhöhungen aus. Ein Ergebnis, das sich insbesondere vor dem Hintergrund der äußeren Rahmenbedingungen sehen lassen kann. Dadurch leisten wir in diesen schwierigen Zeiten einen Beitrag für unsere teilweise sehr belasteten Mitbürger*innen.

Aufgrund der in den nächsten Jahren im niedrigen zweistelligen Millionenbereich durchzuführenden Investitionen in unseren beiden Eigenbetrieben (Neubau Wasserwerk, Sanierung Wasserleitung zur Wasserzentrale, Erweiterung Klärwerk) werden unsere seit mehreren Jahren diesbezüglich stabilen Gebühren allerdings eine adäquate Erhöhung erfahren müssen. Dies ist zur Sicherstellung der Grundversorgung und aufgrund der dadurch entstehenden qualitativen Verbesserungen bei unserer Wasserversorgung bzw. Abwasserbeseitigung gleichermaßen unabdingbar - wie beim kommunalen Vergleich – für uns vertretbar.

7. Summa summarum

Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass wir aufgrund unserer durchaus soliden Haushaltspolitik der vergangenen Jahre den Grundstein für unsere Handlungsspielräume gelegt haben. Dadurch können wir völlig unaufgeregt eine kommunale Haushaltspolitik der „Ruhigen Hand“ auch in dieser krisenhaften Zeit praktizieren. Eine Politik, die es uns weiterhin ermöglicht, notwendige Investitionen zu tätigen und unsere Gemeinde dadurch fit für die Zukunft zu machen. Letztlich investieren wir vor allem auch deshalb, um Ihnen weiterhin eine gleichermaßen attraktive wie hoffentlich liebens- und lebenswerte Heimatgemeinde zu bieten.

Dennoch gilt - mit Blick auf unsere vorausschauende mittelfristige Finanzplanung - ein möglichst wirtschaftlicher Umgang angesichts steigender Verschuldung, vor allem in unseren beiden Eigenbetrieben, bei gleichzeitig zurückgehenden liquiden Eigenmitteln. Hatten wir zu Beginn des Haushaltsjahres 2021 noch einen konsolidierten Schuldenstand in Höhe von rd. 14,5 Mio. € (= rd. 1,7 Mio. € im Kernhaushalt und rd. 12,8 Mio. € [=ohne Trägerdarlehen in Höhe von rd. 6,34 Mio. €] bei den Eigenbetrieben) sowie liquide Eigenmittel in Höhe von rd. 19,4 Mio. €, verschlechtert sich die Situation in den kommenden Haushaltsjahren im Plan 2024 doch empfindlich. Zu diesem Zeitpunkt steigt die konsolidierte Verschuldung auf rd. 31 Mio. €, während die liquiden Eigenmittel im Planansatz nur noch bei rd. 6,9 Mio. € liegen.

In dieser Betrachtung blieben dabei die Investitionen für die Erweiterung bzw. die Sanierung des Rathauses von derzeit zu erwartenden Aufwendungen in Höhe von rd. 10, 6 Mio. € sowie ein im mittleren siebenstelligen Bereich erhoffter Umlegungsvorteil zu Gunsten unsere Gemeinde durch das Neubaugebiet N 5 unberücksichtigt.

Rathausenerweiterung - Und was nun?

Das Optionskarussell nimmt in dieser Angelegenheit wieder Fahrt auf. Erweiterung durch Überbauung des Rathausparkplatzes, Aufstockung des Nordflügels oder gar doch ein kompletter Neubau?

Verantwortlich für die erneute Diskussion war eine deutliche Kostensteigerung der eigentlich favorisierten Variante „Überbauung des Rathausparkplatzes“. Ging man zu Beginn noch von Kosten in Höhe von rd. 5,5 Mio. € aus, betragen diese nach einer vertieften Kostenschätzung rd. 10,6 Mio. €. inkl. 3 Mio. € für die Sanierung des Bestandsgebäudes. Eine Kostensteigerung, die auch vor dem Hintergrund unsicherer finanzieller Auswirkungen auf unseren kommunalen Haushalt aufgrund der Corona-Krise einer neuen Bewertung unterzogen werden sollte. Schließlich stellen 10, 5 Mio. € keine Peanuts dar und schränken damit unsere zukünftigen Handlungsspielräume für andere notwendige Investitionen erheblich ein.

Dabei sind wir der Verwaltung dankbar, aus Gründen eines verantwortungsvollen Umgangs mit unseren kommunalen Finanzen, dieses Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Dabei soll nun eine eigentlich bereits in der Vergangenheit aus verschiedenen Gründen verworfene Variante in der Aufstockung des Nordflügels untersucht werden und zwar unter Einbeziehung des Sitzungssaals mit dessen multifunktionaler Nutzung. Diese Variante wird vergleichbar mit rd. 4,2 Mio. € (ebenfalls inkl. 3 Mio. € für den Bestand) nach einer ersten Kostenschätzung veranschlagt. Aus Sicht der Verwaltung kann diese Variante den Raumbedarf durchaus für die nächsten 10 – 15 Jahre decken, wobei hier sicherlich unseres Erachtens durch eine künftig langfristig von Arbeitgeberseite angebotene Inanspruchnahme von Homeoffice und Digitalisierung durchaus geringeres Flächenpotential - als ursprünglich angenommen - entstehen könnte.

Ein kompletter Neubau würde einen vorsichtig geschätzten Finanzbedarf von ca. 20 – 25 Mio. € bedingen, weshalb ein solches „Prestigeprojekt“ von unserer Fraktion weiterhin abgelehnt wird.

Anfreunden könnten wir uns je nach Ergebnis der Variante „Nordflügel“ auch mit einer abgespeckten Variante bei der Parkplatzüberbauung durch Verringerung deren Bauvolumens z. B. durch eine Geschossreduzierung auf zunächst ein Vollgeschoss verbunden mit der Option einer nachträglichen Aufstockung, sofern es der Bedarf erfordern würde.

Deshalb hat die FDP-Fraktion sich auch für den Vorschlag ausgesprochen, dass der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, beide Varianten genauer untersuchen zu lassen, um dann auf einer gesicherten (Kosten) Grundlage über die umzusetzende Variante entscheiden zu können,

Neubaugebiet N 5 im Lichte des Flächennutzungsplans 2030

Nunmehr ist es amtlich. Der fortgeschriebene Flächennutzungsplan 2030 des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe weist für das künftige Neubaugebiet eine deutlich (rd. 37 %) verdichtete Bauweise von 110 Einwohner je Hektar (EW/ha) aus. Gegenüber der in 2017 in unserem Auftrag erstellt Machbarkeitsstudie, welche damals, warum auch immer, noch eine moderate Verdichtung mit ca. 77 EW/ha vorgesehen hat, ist damit Makulatur. Zum Vergleich lag die Einwohnerdichte bei unserem zuletzt erschlossenen Neubaugebiet „Viermorgen III“ bei ca. 80 EW/ha.

Interessierte Mitbürger*innen werden dies sicherlich bereits aufgrund der im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch eingestellten Videopräsentation auf der Homepage unserer Gemeinde (zustimmend?) zur Kenntnis genommen haben. Gerne nimmt die FDP-Fraktion Ihre konstruktiven Rückmeldungen entgegen. Wir erhoffen uns davon möglichst viele Anregungen hinsichtlich der baulichen Entwicklung dieses Gebiets.

Bei allem Respekt vor einem übermäßigen Flächenverbrauch, bei allem Respekt durch eine solche Nachverdichtung der immer noch hohen Immobiliennachfrage auch unter sozialen Gesichtspunkten begegnen zu können, hätte ich mir eine homogenere und keine solch zäsurhafte städtebauliche Weiterentwicklung für N 5 gewünscht. Auch wenn ich in dieser Sache im Ratsgremium wohl der einzige ablehnende „Geisterfahrer“ bleiben werde, und mit meiner bislang ablehnenden Haltung diesbezüglich den Eindruck einer eher zurückgewandten städtebaulichen Weiterentwicklung erwecke, vertrete ich meine Meinung solange, bis man mich mit schlagkräftigen Argumenten eines Besseren belehren konnte.

Wäre es da nicht eines Versuchs wert (sofern mehrheitlich überhaupt gewollt), zur Reduzierung der zwingend vorgeschriebenen Einwohnerdichte in N 5 die übermäßige Verdichtung im Luisengarten in die Waagschale zu werfen?

Ein damit einhergehender Zuwachs an Einwohnern hat auch seine Auswirkungen, insbesondere auf unsere kommunale Infrastruktur. Zu berücksichtigen gilt es nämlich die einhergehenden finanziellen Folgen im Blick zu behalten. Ansonsten schmilzt der von unserer Seite erhoffte Umlegungsvorteil für die Gemeinde wie der Schnee in der Frühlingssonne.

Und, in Bezug auf die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, wird dies bei den aktuellen Rahmenbedingungen u. a. durch die immer noch anhaltende Null-Zins-Politik ein Phantast bleiben. Gewinne werden dabei weiterhin privatisiert und Verluste durch die öffentliche Hand zu sozialisieren sein. Was unsere Fraktion aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus keinesfalls umgesetzt haben möchte, ist die Gründung einer neu aufgelegten kommunalen Wohnungsbaugesellschaft. Die Auswirkungen nach deren Auflösung vor einigen Jahren sind bis heute noch in unserem Kernhaushalt durch die Übernahme der Schulden sichtbar.

Tempo 30 in unseren beiden Durchgangsstraßen

Erfreut haben wir die Ergebnisse des fortgeschriebenen Lärmaktionsplans hinsichtlich unserer Kreisstraße 3580 (=Hauptstraße in Eggenstein) sowie der Landesstraße 559 (Hauptstraße von Leopoldshafen) zur Kenntnis genommen. Was man gefühlt sicherlich auch ohne die Fortschreibung des Lärmaktionsplans vorhergesehen hätte haben können, wird hiermit durch entsprechende Datenauswertungen quasi objektiviert, bestätigt damit sozusagen die ansonsten spekulative subjektive Einschätzung.

Die nach der Umgebungslärmrichtlinie berechneten Werte, versetzen nunmehr unsere Gemeinde in die Lage, in den beiden Straßenbereichen zur Vermeidung übermäßigen Lärmanfalls eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h zu beantragen.

Bereits bei Verabschiedung des Haushaltsplanes 2020 hatte unsere Fraktion eine solche Forderung „geföhlt“ für beide zur Diskussion stehenden Durchgangsstraßen beantragt, um insbesondere den dort tagtäglich einem hohen Verkehrsaufkommen ausgesetzten Anwohner*innen mit all seinen negativen Auswirkungen möglichst wirkungsvoll und nachhaltig begegnen zu können.

In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch zukünftig dafür ein, eine solche Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h auch über den Knotenpunkt der L559 und der K 3580 in Richtung Norden bis zum dortigen Ortsende umgesetzt zu bekommen. Gerade die bauliche Weiterentwicklung im Bereich des dortigen Lebensmittelmarktes bietet hier unseres Erachtens weiteres Potential für eine solche Geschwindigkeitsreduzierung. Dies würde dem Schutz des fußläufig querenden Verkehrs einerseits zur Straßenbahnhaltestelle „Frankfurter Straße“ und andererseits zum weiterhin dort angesiedelten Lebensmittelmarktes dienen. Und darüber hinaus hilft dies, übermäßigen Lärm für die dort wohnenden Menschen zu vermeiden.

Wir werden die weitere Entwicklung unterstützend und konstruktiv begleiten.

Unser Gemeindewald – Mehr Schein als Sein?

Bereits im vergangenen Jahr war dies innerhalb unserer Gemeinde leider ein eher unerfreulicheres Thema. Oberflächlich betrachtet mag einem gewöhnlichen Betrachter noch keine bedenklichen Entwicklungen ins Auge springen. Doch wer unseren letztjährigen Waldbegang im September als interessierter Einwohner begleitet hatte, wurden von unserem Revierförster sozusagen in praxi die schädlichen Auswirkungen des sich auch in unserer Region in den letzten Jahren extrem veränderten Klimas auf unseren Wald aufgezeigt.

Bildete in der Vergangenheit das Eschentriebsterben innerhalb unseres Waldes ein Hauptproblem, fordern extreme Hitze- und Trockenperioden aber auch orkanartige Stürme zunehmend ihren Tribut. Absterbende Kronenteile und morsche Äste sind ein sichtbares Zeichen, dass unsere Bäume einem hohen Stressfaktor ausgesetzt sind, wodurch parallel eine stärkere Anfälligkeit gegenüber Schädlingen und Pilzkrankungen entsteht. Unsere hauptsächliche Sorge liegt dabei weniger auf den wirtschaftlichen Auswirkungen, sondern vielmehr auf die damit einhergehenden Folgen auf das Öko-System „Wald“ mit seinen vielfältigen ökologischen Funktionen wie beispielsweise der CO₂-Speicherung, der Produktion von Sauerstoff, der Bindung von Feinstaub und der Regulierung des Wasserhaushalts.

Bei weiter fortschreitenden Klimaveränderungen müssen durch die Forstwissenschaft auch für unsere Wälder zeitnah neue Strategien entwickelt werden. Schließlich vollzieht sich ein solcher Wandel über viele Jahrzehnte.

Gerne möchte ich in Erinnerung bringen, dass der Wald respektive unsere Natur uns Menschen nicht braucht. Deshalb sollten wir unsere Wälder mit seinen so wichtigen vielfältigen sozialen und ökologischen Funktionen in seiner bisherigen Vielfalt so sorgsam und pfleglich als möglich behandeln. Gerade in diesen Pandemiezeiten sollten wir ein solches Refugium noch mehr schätzen und achten, wie auch unsere Flora und Fauna im Allgemeinen. Denn, was für unsere Wälder gilt, gilt gleichermaßen für unsere Natur, mit all seiner Vielfalt und Schönheit.

Deshalb ist unsere Fraktion auch weiterhin gerne bereit, erforderliche Haushaltsmittel für deren Erhalt als sinnvolle Investition – vor allem im Hinblick auf unsere nachfolgenden Generationen - zur Verfügung zu stellen.

Schlussbemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren. Lassen Sie mich zum Schluss meiner diesjährigen Haushaltsrede noch ein herzliches Dankeschön, welches uns ein großes Bedürfnis darstellt, insbesondere an die Mitarbeiter*innen des Krisenstabes innerhalb unserer Verwaltung aussprechen. Einbeziehen in diesen Dank möchten wir speziell vor allem die Mitarbeiter*innen des Ordnungsamtes, und hier stellvertretend deren Leiter, Herrn Jänicke. Das zurückliegende Jahr forderte vor allem das Ordnungsamt besonders. Vielfältige neue Herausforderungen waren infolge der Corona-Pandemie zusätzlich zu den ganz normalen alltäglichen Aufgaben zu bewältigen, welche nur mit einem hohen Maß an Einsatzbereitschaft nach unseren Feststellungen hervorragend umgesetzt wurden.

Keinesfalls vergessen wollen wir bei dieser Gelegenheit auch den unter Pandemiebedingungen ebenfalls mit einem hohen Maß an Engagement gepaarten Einsatz unserer Lehrkräfte, den Mitarbeiter*innen in der Kinderbetreuung sowie allen Einsatzkräften in unseren Rettungsdienstorganisationen, die vielfach unter Außerachtlassung des für sie damit verbundenen Gesundheitsrisikos stets eine verlässliche, systemrelevante Größe bilden. Diese Leistung, gerade in diesen schwierigen Zeiten, verdient großen Respekt und Hochachtung.

Für unser Gemeinwohl, welches insbesondere durch unsere kommunale Vereinslandschaft wesentlich geprägt wird und ein Garant bzw. das Rückgrat für eine lebendige Gemeinde bildet, wünschen wir uns wieder, dass das über viele Monate im Lockdown befindliche kulturelle und sportliche Vereinsleben nach Überwindung der Pandemie so zeitnah als möglich wieder seinen gewohnten Gang nehmen kann. Gleichzeitig hoffen wir für unsere Vereine, dass viele Mitglieder ihren Vereinen in diesen Zeiten treu verbunden geblieben sind.

Eventuell werden wir so manche Rituale zukünftig verändern. Möglicherweise werden wir im Umgang mit diesen Viren um- und vorsichtiger - mit Rücksicht auf uns alle - agieren müssen.

Wir wünschen Ihnen und uns eine möglichst zeitnahe Rückkehr zur Normalität und der uns gewohnten Freiheit, mit geselligem Zusammensein sowie einem unbeschwerten und fröhlichen Miteinander.

Abschließend möchte ich mich - zugleich auch im Namen meiner beiden Fraktionskollegen, Willy Nees und Wolfgang Ott - bei den Ratskolleginnen und -kollegen der anderen Fraktionen sowie bei Herrn Bürgermeister Stober gerade für die im vergangenen Jahr erfahrene konstruktive und von gegenseitigem Respekt geprägte Zusammenarbeit bedanken. Darin eingeschlossen sind alle Mitarbeitenden der Gemeinde – wo immer sie ihre wertvolle Arbeit auch leisten!

Dem vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 2021 stimmt die FDP-Fraktion sowohl für den Ergebnis- als auch den Finanzhaushalt sowie für die Erfolgs- und Vermögenspläne unserer beiden Eigenbetriebe „Wasserversorgung“ und „Abwasserbeseitigung“ zu.

Für die FDP-Fraktion Uwe Hotz